

AW: pax christi-Anfrage Rüstungsexportkontrollgesetz vom 9.3.21

Datum: 20.05.2021 (16:42:10 CEST)

Von: Rützel Bernd

An: Martina Reinwald

Sehr geehrte Frau Reinwald,

vielen Dank für Ihre E-Mail und die Nachfrage. Ihr Schreiben vom 09.03.2021 habe ich nicht erhalten. Das wundert mich etwas, denn ein Schreiben von Pax Christi zum Rüstungsexportgesetz, das offenbar an einige Abgeordnete ging, war vor mehreren Wochen Thema in unserer bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion. Ich bin deshalb inhaltlich informiert, dass es um die Aufnahme eines Rüstungsexportgesetzes in das Wahlprogramm der SPD geht.

Mit dieser Forderung stoßen Sie bei mir auf offene Ohren. Die SPD geht mit der Forderung nach Rüstungskontrolle in den Wahlkampf. Unser Wahlprogramm finden Sie hier. Wir nennen es „Zukunftsprogramm“, denn die SPD will Zukunft gerecht und sozial gestalten. Friedenspolitik und Abrüstung sind für uns seit Jahrzehnten wesentlicher Bestandteil von Politik. Einiges konnten wir in den vergangenen Jahren bereits durchsetzen, z. B. einen Exportstopp von Kleinwaffen in Drittländer, der insgesamt zufriedenstellend umgesetzt wird. Aber wir wollen sehr viel mehr erreichen, auch bei der Definition von Kleinwaffen und darüber hinaus.

Wir treten dafür an, die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Drittländer insgesamt weiter zu beschränken, indem wir die Ratifizierung und konsequente Umsetzung des ATT zur zwingenden Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation machen. Die Endverbleibskontrollen wollen wir ausweiten und Genehmigungsentscheidungen öffentlich transparent machen. All dies soll in einem Rüstungsexportgesetz rechtsverbindlich festgeschrieben werden. Auch auf europäischer Ebene wollen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn Verschärfungen abstimmen.

Ob ein Kompletterverbot von Rüstungsexporten sinnvoll ist, muss geprüft werden. Es gibt eine Vielzahl von Gütern, die als Rüstungsexport gelten, deren Anwendungsbereich aber nicht mit Kriegsführung oder Gewaltausübung zusammenhängt. Auch gepanzerte Krankenwagen, Minenräumgerät, Funkgeräte und ABC-Schutzkleidung sind Rüstungsexporte. Wir halten es auch wichtig, darauf zu achten, wohin Exporte gehen und Kettenexporte zu verhindern (Endverbleibskontrolle, s.o.). Die SPD will, dass Genehmigungsentscheidungen durch eine Verschiebung der Federführung vom Bundeswirtschaftsministerium zum Bundeskanzleramt inhaltlich besser und weniger ökonomiegeleitet werden. Gleichzeitig wollen wir sie für die Öffentlichkeit transparent machen.

Manche Ihrer Vorschläge teilen wir uneingeschränkt, bei einigen sehen wir Diskussionsbedarf. Unser verteidigungspolitischer Sprecher in der bayerischen Landesgruppe, Karl-Heinz Brunner, hat über diesen Themenbereich bereits viele Gespräche geführt - auch mit Vertreter\*innen von Pax Christi. Der Austausch dauert an und wird es über Landesgrenzen und Wahltermine hinaus weiter tun. Im Ziel, der Schaffung einer friedlicheren Welt, sind wir uns einig.

Ergänzend möchte ich auf ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion hinweisen, das wir im November 2019 verabschiedet haben. Weitere Informationen dazu finden Sie hier.

Klar ist, dass wir für den Erfolg ambitionierter Abrüstungsvorhaben eine deutliche Änderung der parlamentarischen Mehrheiten benötigen. Die SPD tritt an mit dem Ziel, Abrüstung und Rüstungskontrolle proaktiv, mutig und konkret voranzubringen. Wir freuen uns, wenn Sie uns hierbei unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Rützel

---

Bernd Rützel, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030/227-73434

Fax: 030/227-76433

[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)